

## **Auswertung der Umfrage zu Auswirkungen der Corona Krise auf die Versorgung und Begleitung von Menschen mit einer Behinderung**

### **1. Hintergründe der Umfrage**

Im März 2020 waren aufgrund der Corona-Krise die Leistungserbringer der Eingliederungshilfe wie die gesamte Gesellschaft mit einer Situation konfrontiert, die von heute auf morgen eine Reaktion und Veränderungen erfordert hat. Die Leistungen konnten pandemiebedingt nicht mehr so erbracht werden, wie sie von den Teilhabeämtern bewilligt wurden, dennoch mussten die Unterstützungsleistungen für die Menschen mit Behinderung sichergestellt werden. Mit einem Beschluss der Kommission 131 wurde dies möglich. Grundgedanke des Beschlusses war, die vollständige Vergütung der bewilligten Teilhabeleistungen der Eingliederungshilfe weiterzuführen, auch wenn diese nicht im geplanten und beschiedenen Umfang erbracht werden können. Damit sollte der Erhalt des Systems der Eingliederungshilfe im Land Berlin erreicht werden. Vor diesem Hintergrund entwickelte der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin eine Umfrage, um mehr über die Gestaltung der Angebote für Menschen mit Behinderung unter den geänderten Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie zu erfahren.

### **2. Methodische Anmerkungen und Datenquelle**

Die erhobenen Daten beruhen auf einem vom Paritätischen Landesverband Berlin entwickelten Fragebogen für die Angebote der Behindertenhilfe. Grundlage für die Datenerhebung war der Fragebogen der Paritätischen Fachgruppe Psychiatrie, der sich wiederum an der DGSP (Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie) orientierte.

Im ersten Teil des Fragebogens wurden direkte Fragen zu inhaltlichen Änderungen in den noch geltenden verschiedenen Leistungstypen (Betreutes Einzelwohnen, Wohngemeinschaften, besondere Wohnform, WfbM und Tagesförderstätte) gestellt. Der zweite Teil der Befragung widmete sich den Änderungen, die die Ausnahmesituation der Corona-Krise mit sich brachte.

Es wurden 62 Träger mit 357 Angeboten zur Befragung aufgefordert. Insgesamt kamen Antworten von 60 Trägern. Die einzelnen Angebote der Träger lassen sich in folgende Bereiche gliedern: Betreutes Einzelwohnen (20 Antworten), Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderung (20 Antworten), besondere Wohnformen (15 Antworten) sowie Leistungsangebote der Tagesstruktur (WFBAG, WFALB, BFBTS) (16 Antworten).

### **3. Auswertung der erhobenen Daten**

Im ersten Teil der Befragung zu inhaltlichen Änderungen der Leistungstypen war eine (erwartbare) Verschiebung der Leistungen von den tagesstrukturierenden Angeboten in die Wohnangebote auffallend. In den ambulanten Angeboten wurden Leistungen zum Teil auf digitalem (Video, Messenger, E-Mail, Telefon) erbracht, meist jedoch weiterhin auf persönlichem Wege. Während sich im Betreuten Einzelwohnen neben den Inhalten auch der Ort des persönlichen Kontaktes änderte (Beratungsgespräche wurden vermehrt im Freien geführt), war dies angebotsbedingt in den besonderen Wohnformen eher nicht der Fall. Hier bestand die große Herausforderung darin, den von heute auf morgen komplett geänderten Tagesablauf zu bewerkstelligen.

Im zweiten Teil der Umfrage lag der Fokus auf der Frage nach kreativen Lösungen in der Leistungserbringung sowie dem Umgang mit digitalen Medien. Erstaunlich war, wie oft Leistungserbringer, aufgrund der Aufhebung der Bindung an den Gesamtplan, die damit mögliche flexible Leistungserbringung nannten.

Im Folgenden fassen wir die Aussagen der einzelnen Antworten zusammen.

### 3.1. Kreative Entwicklungen in den Einrichtungen während der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat kreative Lösungen gefordert und ausgelöst, die sich vor allem auf die Form der Angebote beziehen, die in den einzelnen Bereichen angeboten werden. Zum einen haben Termine vermehrt an der frischen Luft stattgefunden und es wurden verschiedene Standorte einbezogen, um die Angebotsgestaltung sicherzustellen, was zu mehr Bewegung sowohl bei den Klienten wie auch den Mitarbeitenden führte. Wichtig waren kreative Lösungen, um alle Beteiligten miteinzubeziehen sowie die Kooperation zwischen Mitarbeitenden der Wohnangebote und der Tagesstruktur, die im Einsatz bei den Wohnangeboten mitgeholfen haben. Um die Teilhabeleistungen zu gewährleisten, ist die Anzahl aufsuchender mobiler Angebote gestiegen und es wurden vermehrt digitale Medien eingesetzt, um den Kontakt von Mitarbeitenden und Leistungsberechtigten sowie ihren Angehörigen zu halten. Es wurden telefonischer Kontakt, Videokonferenzen sowie Briefkontakte angeboten. Einige Träger berichteten auch von einer Ablehnung der online-Angebote durch die Leistungsberechtigten und eine Leistungserbringung, die weiterhin größtenteils auf persönlichem Wege stattfand.

Die interne Kommunikation fand vermehrt über Video-Konferenzen und WebSeminare statt. Neben den räumlichen Veränderungen sowie einer Umstellung auf digitale Kontakte, wurden veränderte Tagesstrukturen und Angebote geschaffen. Zum einen sind vermehrt Beschäftigungsangebote in den Wohneinrichtungen unterbreitet worden, unter anderem sportliche sowie künstlerische Aktivitäten. Auch Kochangebote oder gemeinsames Essen per Videochat haben stattgefunden. Ein wichtiger Aspekt war und ist ebenfalls der Aufbau von Nachbarschaftshilfen. Es wurden Masken genäht und gespendet, Einkaufshilfen angeboten sowie musikalische Angebote, inklusive Balkonkonzerten geschaffen.

### 3.2. Erwartungen an die Politik – aus der Sicht der Menschen mit Behinderungen

Zusammen mit den Herausforderungen und deren Bedeutung für Menschen mit Behinderungen, die Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten, entwickelten sich auch Erwartungen an die Politik. Viele Leistungsberechtigte fühlten sich in der Pandemie außer Acht gelassen. Mehr Aufmerksamkeit von Seiten der Politik zu bekommen, wäre für sie wichtig gewesen. Hinzu kommt, dass in der Öffentlichkeit Menschen mit Behinderungen oft hinter andere Risikogruppen zurückfielen. Ihre Bedarfe müssen jedoch Teil der politischen Willensentwicklung sein. Hinzu kommt die Verunsicherung und Angst, zu der die Corona-Maßnahmen geführt haben, was sich in einem hohen Unterstützungsbedarf widerspiegelte. Wünschenswert wären an dieser Stelle frühzeitige Informationen in leichter Sprache oder Gebärdensprache, die ebenfalls in den gängigen Medien vertreten sein sollten. Hinzu kommt, dass sich viele Menschen mit Behinderungen stärker durch die Maßnahmen zu Eindämmung in ihrer Freiheit begrenzt fühlen als die Normalbevölkerung. Ihre Selbstbestimmung muss in den Pandemieplänen und den Maßnahmen differenzierter betrachtet werden und sie müssen von Anfang an in die Überlegungen miteinbezogen und nicht nur als Risikogruppe betrachtet werden, da so die Gefahr der Fremdbestimmung deutlich wächst. Für Menschen mit Behinderungen geht es auch in diesem Kon-

text um ihre Selbstbestimmung und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Gleichzeitig wurde die Gruppe, wenn es um die Bereitstellung von Schutzmaßnahmen wie Schutzmaterial und Tests geht, vernachlässigt. Die Ausstattung mit Schutzmaterialien sollte viel schneller erfolgen und strukturierter umgesetzt werden.

### 3.3. Erwartungen an die Politik – aus Sicht der Mitarbeitenden der Behindertenhilfe

Im Zusammenhang mit der Corona-Krise und ihrer Bedeutung für die Mitarbeitenden der Behindertenhilfe haben sich vor allem zwei Probleme herauskristalliert, die einer aktiven Verbesserung bedürfen. Zum einen ist es die Uneinheitlichkeit der Bezirke und des Landes Berlins in der Vorgehensweise sowohl während der Pandemie wie auch bei Corona-Verdachtsfällen. Zum anderen ist es die fehlende Wertschätzung des Berufes, die sich auch in der Bezahlung widerspiegelt.

Die Strategien zwischen dem Land und den Bezirken waren nicht abgesprochen, was das Verhalten und die Testung bei Verdachtsfällen betrifft. Die Diskrepanz zwischen den Aussagen des Landes Berlins und den Gesundheitsämtern führte zu weitgehenden Unsicherheiten und unnötigen Belastungen. Da Gesundheitsämter hauptsächlich Krankenhäuser und Pflegeheime beraten haben, kam es in den Leistungsangeboten der Eingliederungshilfe zu weitgehenden Verunsicherungen, was im Falle einiger Leistungsberechtigter zu Verhaltensauffälligkeiten und Aggressionen führte. Die vom RKI anvisierte Kohortenbildung (Schaffung von Doppelzimmern, Zusammenlegung ganzer Wohnbereiche) ist in vielen Fällen nicht realisierbar. Diese Verunsicherungen treffen somit auch die Mitarbeitenden. Eine Lösung für mehr Sicherheit der Mitarbeitenden wäre die Bereitstellung von persönlicher Schutzausrüstung, die vom Land Berlin viel zu spät und in zu kleinem Umfang kam.

Eine Aufforderung an die Politik wäre, sich besser mit den Angeboten der Eingliederungshilfe vertraut zu machen und ein Verständnis für die Leistungsberechtigten und Mitarbeitenden in diesen Bereichen zu entwickeln. So können in Zukunft zum einen besser Entscheidungen getroffen werden und zum anderen der Beruf die ihm zustehende Anerkennung erlangen. Der Bereich der Eingliederungshilfe braucht eine bessere Lobby, um ihre Forderungen durchsetzen zu können, da sie aufgrund der Systemrelevanz eine bessere Bezahlung verdienen. Eine Lösung könnte hier eine Überarbeitung der Eingruppierung der Mitarbeitenden in der Eingliederungshilfe sein. Um dies zu erreichen gehören gute und vertrauensvolle Bedingungen für die Finanzierung und Vorgaben der Arbeit der freien Träger dazu, aber auch gute Bedingungen für die Kooperationspartner in den Ämtern und Institutionen, damit personenzentriertes Arbeiten nicht strukturell verhindert wird. Bereits die Diskussion um die 1.500 € Prämie, welche nur für die Pflege diskutiert wurde, wird kritisch gesehen, da in der Eingliederungshilfe ebenso Menschen begleitet und teils gepflegt werden, die zu Risikogruppen gehören und wo Abstandsregelungen nicht oder nur schwer einzuhalten sind. Durch die veränderten Arbeitszeiten, den Einsatz mit Schutzmaterialien sowie Probleme mit ihrer Beschaffung, standen die Mitarbeitenden unter einer deutlich stärkeren psychischen und physischen Belastungen, die aber in der öffentlichen Diskussion nur eine untergeordnete Rolle spielten. Der Berufsstand soll daher auch nach der Pandemie Teil der Wahrnehmung als systemrelevante Tätigkeit sein und an Bedeutung im politischen Agieren gewinnen. Ebenfalls erwartet wird, dass es keine Einschränkungen oder Kürzungen bei der Bewilligungspraxis gibt.

Es gibt aber auch positive Stimmen aus der Eingliederungshilfe die vor allem herausstellen, dass die Zahlungen der Entgelte nach Bewilligung erfolgten, unabhängig der tatsächlichen Leistungserbrin-

gung, wenn Personal entsprechend woanders eingesetzt wurde, sowie eine Klarheit in Bezug auf die Finanzierung der Plätze. Durch die Maßnahmen des Landes Berlins und des Beschlusses der Kommission 131 im April 2020 mussten bei vielen freien Trägern keine Mitarbeitenden in Kurzarbeit geschickt werden, was als sehr positiv aufgenommen wurde. Dadurch war die Aufrechterhaltung des Systems der Eingliederungshilfe möglich.

#### 4. Fazit

Die Corona-Krise brachte viele Herausforderungen und Veränderungen mit sich, die eine Anpassung seitens der Träger der Eingliederungshilfe verlangte. Es kam vermehrt zu Einzelkontakten und Treffen an der frischen Luft sowie dem Einsatz von digitalen Medien für den Kontaktaufbau. Auffällig war eine Verschiebung der Leistungen von den tagesstrukturierenden Angeboten in die Wohnangebote und somit auch die Organisation neuer Tagesstrukturen sowie Angebote für die dort lebenden Menschen mit Behinderungen.

Mit den neuen Herausforderungen bildeten sich jedoch auch Erwartungen an die Politik heraus, die einerseits die Leistungsberechtigten der Eingliederungshilfe und andererseits die Mitarbeitenden betreffen. Für die Leistungsberechtigten wäre eine bessere Aufbereitung von Informationen in leichter Sprache und Gebärdensprache wünschenswert, da diese viele Unsicherheiten und Angstzuständen herausnehmen könnte. Aber auch eine bessere Ausrüstung der Einrichtungen mit Schutzkleidung und klare Verhaltensrichtlinien sind wichtige Faktoren, um eine gute Leistung während der Pandemie gewährleisten zu können. Für die Mitarbeitenden würde eine Einheitlichkeit der Corona-Verordnungen innerhalb Berlins einen besseren Ablauf und Organisation ihrer Arbeit ermöglichen. Zu dem fehlt den Mitarbeitenden der Eingliederungshilfe die Wertschätzung der Politik und eine angemessene Bezahlung sowie fehlende Prämien trotz großer Systemrelevanz. Dies sind Erwartungen, denen die Politik nachkommen könnte und so die Arbeit der Mitarbeitenden bei freien Trägern erleichtern und wertschätzen, aber auch die soziale Arbeit in Berlin verbessern kann.